daß in wenigen Stunden 54,000 Rubel beisammen waren. Doch sind die einheimischen Juden bereits durch vieljährige Opfer für Entschädigung beraubter und durch fortwährende Unterstützung armer Glaubensgenossen unglaublich erschöpft. Ausländische Hülfe ist nöthig. So mein Gewährsmann. Hierauf besuchte ich jüdische Notabeln. Diese verweigerten jede Auskunft, aber sie erklärten, daß sie zu Obigem zwar nichts zu dementiren haben, doch auch nichts hinzufügen können, denn ihre Position sei peinlichst und jedes Worte könnte ihnen sehr schwer zu stehen kommen. Ihr Correspondent constatirt aus dieser Audienz, daß Ignatieff's sechs Puncte thatsächlich verworfen wurden, daß sie „Nowosti" um so weniger erfunden hatte, als beinahe jeder der jüdischen Notabeln eine authentische Copie des von Ignatieff's eigener Hand unterzeichneten Originals in der Tasche hatte; Ignatieff demnach nur sein verstoßenes Kind feige verleugnete. Ferner sei constatirt, daß Ignatieff die neuen Beschränkungen der Juden officiell zugab, dieselben jedoch gleißnerisch als von ihm zum Wohle der Juden geschaffen hinstellte.

Die Rumänen befolgen in der Donaufrage augenscheinlich dieselbe Tactik, wie seinerzeit in der bessarabischen Frage gegenüber Rußland. Sie schlagen Lärm, verlangen viel und begnügen sich schließlich mit Dem, was Europa ihnen zuweist. Niemand nimmt die Forderung, Rumänien mit der Beseitigung des Eisernen Thores zu betrauen, Ernst, und Oesterreich denkt wohl am wenigsten daran, das ihm eingeräumte Recht aufzugeben. Die Gegenvorschläge, welche Rumänien gegen das Barrère'sche Project angeblich vorbereitet, laufen auf einzelne Amendements hinaus, die, sobald sie wesentliche Puncte des Projects betreffen, auf Annahme kaum zu rechnen haben. Es verlautet, die Mächte, welche den Barrère'schen Vorschlägen zugestimmt haben, hätten sich mit der von England gezollten Bedingung seines Beitritts zu diesen Vorschlägen einverstanden erklärt, wonach die Thätigkeit der Commission „mixto" sich auf die Donaustrecke bis Braila ausdehnen sollte. Damit wäre ein sehr wesentlicher Schritt zur Förderung der Lösung der Donaufrage geschehen.

Ueber die Reise des Königs Milan durch Serbien liegen jetzt in den Belgrader Blättern, selbst in den gemäßigten, eine Menge bezeichnender Einzelheiten vor, welche auf die Stimmung in gewissen Städten und Ortschaften ein eigenthümliches Licht werfen. So mußte der König von dem Besuche der Stadt Uschiza absehen, weil die dortige großserbische Partei Triumphbögen mit der riesigen Ueberschrift: „Weg nach Bosnien" errichten ließ. Der König fuhr, statt Uschiza zu besuchen, nach Poschega, wo es aber auch an unliebsamen Kundgebungen nicht fehlte. Die Volksmenge, welche nämlich den König in Poschega erwartete, brach theilweise in die Rufe aus: „Es leben unsere serbischen Brüder in Bosnien!" Der König gerieth in sichtliche Verlegenheit, weil in seiner Suite sich auch der österreichische General David befand, der den König im Namen des Kaisers von Oesterreich in Uschiza begrüßen sollte. Von Poschega ging es nach Tschatschak, wo wieder die Studenten mit ihren Professoren an der Spitze im großserbischen Sinne demonstrirten, weshalb sich der König gegen die Professoren sehr ungehalten äußerte. Mit einem Worte, das gegenwärtige serbische Cabinet hat bisher keinerlei Ursache, mit den Kundgebungen während der Reise des Königs zufrieden zu sein.

Wie aus Sofia gemeldet wird, treiben sich gegenwärtig in mehreren der bulgarischen Hauptstadt benachbarten Dörfern revolutionaire Agenten umher, welche das Landvolk auffordern, bewaffnet nach Sofia zu ziehen, um die Regierung zu stürzen und Fürst Alexander des Thrones verlustig zu erklären. Man beabsichtigt die Umgebung Sofia's durch mobile Militair-Colonnen durchstreifen zu lassen.

Die türkisch-russische Convention betreffs Regelung der Kriegsentschädigung ist nunmehr definitiv festgestellt. Dieselbe enthält 12 Artikel, deren Inhalt im Wesentlichen folgender ist: Die Pforte verpflichtet sich, die Zahlung der im Berliner Vertrage fixirten Kriegsentschädigung durch Annuitäten von 350,000 türkischen Livres zu leisten. Nur die zur Amortisirung des Capitals ohne Zinsen zu verwendenden Annuitäten werden durch die Schatztaxer des Vilajets Aleppo und durch die Zehnten des Vilajets Konija, Kastambul, Adana und eines Theiles des Vilajets Siwas garantirt. Der Gesammtbetrag dieser Einkünfte ist auf 437,500 Livres veranschlagt. Die vereinnahmten Beträge werden nach dem Abzug der Kosten an die Filialen der ottomanischen Bank ausbezahlt und die Pforte verpflichtet sich, keine Havales oder Anweisungen auf diese Einkünfte auszugeben. Die ottomanische Bank wird regelmäßig die Annuitäten an die russische Bank abführen und den Ueberschuß zur Verfügung der Türkei behalten. Die Annuitäten erscheinen nur als Einnahmen und Ausgaben im Budget. Ein etwaiger Ueberschuß wird der Pforte übermittelt, dagegen muß die Pforte das etwa entstehende Deficit decken. Die Pforte wird mit Zustimmung der ottomanischen Bank anstatt der erwähnten Einnahmen andere Aequivalente zugestehen können. Wegen der erforderlichen Geldoperationen wird die ottomanische Bank ein Specialabkommen mit der russischen Bank treffen. Die Ratificationen der Convention soll spätestens in drei Wochen erfolgen.

Während Parnell in jeder denkbaren Weise bestrebt ist, die Mörder Cavendish's und Bourke's von den Rockschößen der Landliga abzuschütteln, hat seine Schwester, Fräulein Anna, an die „Times" einen Brief gerichtet, der uns zwar nicht überrascht, aber Denen zu denken geben mag, welche die Landliga jetzt als ein unschuldvolles Lämmlein hinstellen. Fräulein Parnell wagt den nicht eben sehr pfiffigen Versuch, den neuen Bluthund für die Opfer des Krawalles verantwortlich zu machen, welcher am Freitag, achtundvierzig Stunden nach Forster's Rücktritt, in Ballina stattfand. Die Volksmenge feierte dort die Freilassung der Ligaführer durch einen Aufzug. Die Polizei schritt ein und nahm den Musikanten ihre Instrumente ab. Darauf wurden die Constabler umzingelt, mit Steinen geworfen und geschlagen, so daß sie von der Waffe Gebrauch machen mußten, wobei es zu Verwundungen kam. Diese Thatsache färbt Frl. Parnell wie folgt: „In den Straßen wurden die Kinder wie tolle Hunde niedergeschossen. Forster schlachtete Männer und Weiber, dem Lord Spencer war es vorbehalten geblieben, Kinder abzuschlachten." Die Briefschreiberin meint dabei, daß, wer sich über den Mord der Opfer des Phönix-Parkes wundere, vergessen haben müsse, „daß etwas wie Menschennatur auch im Irländer wohne". Diese „Menschennatur" der Mondscheinbanden hat sich leider in den letzten Jahren nur zu oft geltend gemacht. Auch heute werden aus den Grafschaften Throne und Cork wieder Ausschreitungen dieser Prediger des „No-Rent-Manifestes" gemeldet. Das sind jedenfalls keine Zeichen von Versöhnlichkeit. In ähnlichem Sinne, wie Frl. Parnell, hat sich, wie bereits erwähnt, O'Donovan Rossa und auch Patrick Crewe, der Dynamitheld von Peoria, ausgesprochen, der seiner Zeit als Verfertiger der Höllenmaschinen von Liverpool bezeichnet wurde. Einem Zeitungsberichterstatter gegenüber äußerte er, daß Meuchelmorde zwar selten zu dem gewünschten Ziele führten, daß sie aber als letzte Zuflucht zu rechtfertigen seien. Man kann diesen Frechheiten gegenüber dem „Daily Telegraph" nicht Unrecht geben, wenn er die Regierung zu schärferen Maßregeln gegen die Verbrecher auffordert und schreibt: „Der Tiger der irischen Rebellion ist durch keine Versöhnungsmaßregeln zu zähmen; er muß bis zum Fuße des Galgens gehetzt oder über den Atlantischen Ocean zurückgetrieben werden, wenn das Königreich und dessen Gesetze Bestand haben sollen." Die Hauptsache ist allerdings, daß man zunächst auf die Spur des rechten Tigers kommt, z. B. auf die der Mörder von Cavendish und Bourke.

Ein Privat-Telegramm der „Voss. Ztg." aus London vom Donnerstag meldet: „Das Begräbniß des Lord Cavendish fand heute (Donnerstag) Nachmittag auf dem Friedhofe des Dorfes Edensor, unweit Chatsworth-Hall, dem Landsitze des Herzogs von Devonshire, unter massenhafter Betheiligung der officiellen Welt statt. Im Trauergefolge befanden sich außer den nächsten Anverwandten des Verblichenen Vertreter der Königin, des Prinzen von Wales und des Herzogs von Edinburgh, Gladstone und die anderen Mitglieder des Cabinets, viele Mitglieder der früheren Regierung und an 300 Mitglieder beider Häuser des Parlaments. Das Suchen der Mörder wird eifrigst fortgesetzt, hat aber bis jetzt noch nicht den mindesten Erfolg gehabt, so daß bereits an der Habhaftwerdung der Verbrecher gezweifelt wird. Die Zahl der Agrarverbrechen im Monat April betrug 462".

Papst Leo XIII. hat nach einer Depesche des „Pester Lloyd" aus Rom vom 8. d. M. anläßlich der russischen Judenverfolgungen eine Encyklika an jene römisch-katholischen Bischöfe erlassen, welche entweder im Lande der Verfolgten Wohnsitz haben oder den Auswanderern Vorschub leisten können. Die Encyklika fordert die Bischöfe auf, ihren Gemeinden christliche Nächstenliebe ans Herz zu legen und besonders dafür zu sorgen, daß kein Katholik an Judenverfolgungen theilnehme. Die „Germania" kann diese Meldung nicht bestätigen, doch hält sie eine solche Kundgebung des Papstes nicht für unwahrscheinlich.

Aus Montevideo wird vom 10. April gemeldet: Der Streit zwischen Uruguay und Italien ist vorgestern beigelegt worden. Die hiesige Regierung sagte ernstliche Bestrafung aller Beamten, die bei der Folterung zweier unschuldig angeklagten Italiener betheiligt waren, zu, zahlte jedem Beschädigten 20,000 ℳ, die Flaggen wurden gegenseitig begrüßt und der Präsident der Republik mußte dem italienischen Gesandten Covas seinen Etiquettebesuch machen. Jedenfalls wird diese Angelegenheit die Folge haben, daß die hiesigen Behörden etwas vorsichtiger mit Leib und Leben der Fremden umgehen, zumal Brasilien und Spanien ganz ähnliche und noch gewichtigere Beschwerden gegen dieses Land zum Austrage bringen werden.

## Aus Kairo

sind sehr stürmische Nachrichten eingetroffen. Die seit Monaten drohende Krisis in Egypten ist endlich zum Ausbruch gekommen; Arabi Pascha und das von ihm abhängige Ministerium haben sich offen gegen den Khedive aufgelehnt, indem sie ohne Rücksicht auf ihn die Notabelnkammer einberiefen, um die Absetzung Tewfik's zu beschließen. Aeußeren Anlaß zu dem offenen Bruch zwischen den Führern der Nationalpartei und dem Vicekönig bot die Frage wegen der Verurtheilung der tscherkessischen Officiere, welche sich gegen das Leben Arabi Paschas verschworen hatten, weil sie sich im Avancement zurückgesetzt fühlten. Das Kriegsgericht hatte nicht nur die vier Officiere, welche dem Pascha direct nach dem Leben trachteten, zu schweren Strafen verurtheilt, sondern auch einige dreißig ihrer Kameraden, deren Theilnahme an der Verschwörung zweifelhaft geblieben ist. Der Khedive hat sich geweigert, einerseits das kriegsgerichtliche Urtheil pure zu bestätigen, andererseits in den Vorschlag Arabi Paschas zu willigen, das Urtheil in Verbannung aus Egypten zu verwandeln; Tewfik Pascha verlangt die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die angeklagten Officiere. Unter diesen befinden sich auch einige Paschas, welchen ihr Rang vom Sultan verliehen worden ist. Abdul Hamid hat in Folge dessen ebenfalls gegen den Spruch des Kriegsgerichts Einsprache erhoben, da das letztere nicht befugt sei, vom Sultan ernannte Paschas zu degradiren.

Der Vicekönig hat sich beeilt, dem Großherrn zu Konstantinopel die Zusicherung zu geben, daß er der erste sein werde, den Rechten der Pforte Achtung zu verschaffen. Diese Correspondenz zwischen dem Jildiz Kiosk am Bosporus und dem Abdinpalast am Nil hat die Führer der Nationalpartei beunruhigt und sie zu dem Entschluß gedrängt, Tewfik Pascha durch die Notabeln absetzen zu lassen. Arabi Pascha und seine Genossen haben somit die Maske abgeworfen; bisher suchten sie ihr Ziel, die Unabhängigkeit Egyptens, unter dem Deckmantel der Loyalität für den Padischah zu erreichen, jetzt sind sie genöthigt, mit offenem Visir zu kämpfen.

Der Khedive sucht bei den Generalconsuln Rath und Beistand, vor Allem bei den Vertretern Frankreichs und Englands. Ein Reuter'sches Telegramm aus Kairo meldet, daß die Absetzung Tewfik's zu Gunsten einer Regierung unter Arabi Pascha virtuell als vollendet angesehen werden könne, falls nicht eine sofortige Intervention der Consuln eintrete. Die von englisch-französischer Seite lancirte Meldung, daß bezüglich der egyptischen Angelegenheiten unter den Mächten ein Einvernehmen erzielt worden sei, erweist sich nach den neuesten Nachrichten als unbegründet. Während die Generalconsuln der beiden Westmächte dem Khedive mit ihrem Rath beigestanden haben, mußten sich die Vertreter von Deutschland, Oesterreich und Italien bestimmtester Instructionen ihrer Regierungen zufolge jedweder Intervention enthalten. Wenn Reuter's Bureau sich aus Kairo melden läßt, daß mehrere Generalconsuln bei ihren Regierungen die Entsendung von Panzerschiffen auf telegraphischem Wege nachgesucht hätten, so liegt nach Obigem die Vermuthung nahe, daß hierbei nur von denen Englands und Frankreichs die Rede sein könne, falls nicht die Lage der Europäer in Wirklichkeit gefahrdrohender ist, als die bis jetzt vorliegenden Depeschen annehmen lassen. Die Minister haben den Vertretern der Mächte die Versicherung gegeben, daß Leben und Eigenthum der Europäer keine Gefahr liefe, und daß die Person des Khedive ebenfalls respectirt werden würde. Arabi Pascha scheint eine europäische Intervention zu Gunsten Tewfik's nicht zu fürchten, wohl aber die Landung türkischer Truppen, gegen welche er jedoch entschlossen ist, das Land zu vertheidigen. Der Sultan ist dagegen mehr denn je Willens, seine Oberherrlichkeit im Pharaonenlande wieder herzustellen, und es wird den Ostmächten nicht leicht werden, ihn von einer bewaffneten Intervention abzuhalten. Tewfik Pascha ist bis jetzt entschlossen, sich den Forderungen des Ministeriums nicht zu fügen und rechnet er dabei, wie er dem Correspondenten des „Reuter'schen Bureaus" gegenüber geäußert, auf die materielle Unterstützung Frankreichs und Englands, zumal er ein Decret unterzeichnet habe, welches dem von den Repräsentanten dieser Mächte übereinstimmend ertheilten Rath entspreche.

Wie die Dinge liegen, meint die „Nat.-Ztg.", scheinen die Ostmächte England und Frankreich den Vorrang bei der Regelung der egyptischen Verwickelung lassen zu wollen, den Zeitpunct erwartend, wo ihre Interessen ein Eintreten in die Action erforderlich machen. Noch sind die Cabinete von Paris und London entschlossen, Tewfik Pascha gegen die Nationalpartei auf dem Thron zu erhalten, was jedoch nicht ausschließt, daß sie im Verlauf der Ereignisse ihn fallen zu lassen sich genöthigt sehen, um einen der Prätendenten an seine Stelle zu setzen. Arabi Pascha hegt gegenwärtig die Hoffnung, daß er die Rolle Mehmed Ali's durchführen und sich zum Herrscher Egyptens aufschwingen könne; es fragt sich dabei, ob er auf die kampfesmuthige Unterstützung seiner Landsleute zählen darf; er selbst hat sich seiner Zeit gerüstet, sechszigtausend Mann Beduinen ins Feld stellen zu können. Der Sultan hält Halim Pascha in Bereitschaft; dieser hat nach den neuesten Meldungen aus Konstantinopel schon von vornherein sich allen Ansprüchen des Sultans auf die Herrschaft über Egypten unterworfen.

In Paris sind Nachrichten aus Kairo eingegangen, die womöglich noch beunruhigender lauten. Danach lehnten sich, als Tewfik Pascha die Zurücknahme seines Decrets entschieden verweigerte, die Minister förmlich gegen ihn auf. Man erwartete in Paris am Donnerstag die Nachricht von der Absetzung Tewfik Paschas. Der englische Generalconsul unterstützt ihn, der französische hält sich neutral. Die Absendung französischer Panzerschiffe nach Egypten würde, so heißt es weiter, sofort erfolgen. — Telegraphisch wird noch Folgendes gemeldet:

Paris, 11. Mai. Deputirtenkammer. Billeneuve richtet eine Anfrage an die Regierung über die Angelegenheiten in Egypten und wünscht namentlich darüber Auskunft, welches die augenblickliche Lage sei und welche Politik in Bezug auf eine türkische Intervention die maßgebende sein werde. Ministerpräsident Freycinet kündigt an, daß die diplomatischen Schriftstücke über Egypten der Kammer in etwa 14 Tagen mitgetheilt werden würden, weist sodann auf die jüngsten Zwischenfälle in Egypten hin und bezeichnet die Lage als eine ganz exceptionelle. Das egyptische Ministerium provocirte gegen den Khedive. Frankreich sei bemüht, die Unabhängigkeit Egyptens so aufrecht zu erhalten, wie sie sich aus dem von den Mächten anerkannten Firman ergab; Frankreich werde keinem Schritt zustimmen, der Egyptens Unabhängigkeit schmälern könne; die Unabhängigkeit Egyptens werde Dank dem vollständigen Einvernehmen zwischen Frankreich und England behauptet, das Einvernehmen zwischen Frankreich und England werde nicht gestört werden. Die Dinge könnten eine Wichtigkeit annehmen, die das europäische Gleichgewicht interessire, es sei deshalb nothwendig, sich mit den Mächten über die Regelung der egyptischen Frage zu verständigen. Von den Mächten werde die präponderirende Stellung Frankreichs und Englands in Egypten anerkannt, „die Consultirung der Mächte kann uns daher nur eine um so größere Macht gewähren, um allen Eventualitäten entgegenzutreten, es sind feste und sichere Schritte nöthig, mit denen man vorgehen muß. Die Action der Regierung wird sich auf der Höhe ihrer Pflichten befinden und die Regierung nimmt die Verantwortlichkeit vor dem Lande von vorn herein auf sich". Billeneuve dankte dem Ministerpräsidenten für seine Erklärung — womit der Zwischenfall erledigt war.

## Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

61. Plenar-Sitzung vom 11. Mai 1882.

Am Ministertische: Vice-Präsident des Staats-Ministeriums, Minister des Innern von Puttkamer, Finanzminister Bitter, Unterstaatssecretair Herrfurth, Commissare Geheime Räthe Haase, Starke, Schmidt.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Das Präsidium hat, in der Annahme, daß es dem Hause erwünscht sein würde, seine Theilnahme an dem traurigen Ereigniß in der kaiserlichen Familie zu bekunden, bei den Allerhöchsten und höchsten Herrschaften Ausdruck nachgesucht. Se. Maj. der Kaiser hat die drei Präsidenten vorgestern, der Kronprinz, die Kronprinzessin und Prinz Wilhelm gestern in Potsdam empfangen, die Glückwünsche huldreichst entgegengenommen und das Präsidium beauftragt, dem Hause der Abgeordneten herzlichen und aufrichtigen Dank zu sagen. (Die Mitglieder haben sich während dieser Ansprache von den Plätzen erhoben.)

Nach einer kürzeren Mittheilung des Präsidenten sind die Acten über die amtlichen Ermittelungen, betr. die Wahlen der Abgeordneten Kleist von Bornstedt und Dr. Kropatschek (deren Beanstandung in beiden vorausgegangenen Sessionen ausgesprochen war), soeben beim Bureau eingegangen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt hierbei Abg. Frhr. von Huene (Vorsitzender der Wahlprüfungscommission): Ich constatire, daß wir erst heute, im Momente des Auseinandergehens, die Auskunft erhalten, die wir bezüglich dieser Wahl so ziemlich am Beginn der Session uns erbeten haben. (Bewegung und Heiterkeit.) Ich kann Namens der Commission nur unser großes Bedauern darüber aussprechen, daß es uns nicht möglich gemacht worden ist, diese Sache vollständig zu erledigen. (Bravo! links und im Centrum.)

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des vom Herrenhause in veränderter Fassung zurückgelangten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Vertretung des Lauenburgischen Landescommunalverbandes.

Nach den Beschlüssen des Herrenhauses ist anstatt des Antrages Windthorst, der die alte ständische Verwaltung (Ritter- und Landschaft) bis auf Weiteres beibehalten wollte, die Regierungsvorlage wiederhergestellt, wonach also Lauenburg eine Kreisvertretung nach den Vorschriften der Kreisordnung von 1872 erhalten soll. Doch hat das Herrenhaus einige Amendements beschlossen, die dem Kreise Herzogthum Lauenburg das Recht der Selbstverwaltung zu wahren bestimmt sind.

Regierungs-Commissar Geh. Regierungs-Rath Haase empfiehlt die Vorlage, in welcher jetzt die Bedenken, die man in den früheren Lesungen geäußert, durch die Herrenhaus-Beschlüsse beseitigt seien.

Abg. Berling (Lauenburg) bittet, die Vorlage auch jetzt abzulehnen, die nur eine stückweise Kreis-Ordnung einführen wolle. Die jetzige Verwaltung in Lauenburg sei eine vorzügliche und habe die Sympathien der Bevölkerung, deren Wünschen die Regierung in der Vorlage in keiner Weise Rechnung getragen habe. Für Erweiterung der Befugnisse des Landraths sei in Lauenburg gar kein Grund vorhanden, derselbe sei jetzt schon so mit Geschäften überhäuft, daß er sich nicht noch mit den Communal-Verbänden abgeben könne. Zwar enthält das Amendement des Herrenhauses die Abstellung einiger Härten, allein auch mit diesem Amendement bitte er das Gesetz abzulehnen.

Abg. Frhr. v. Huene: Wir stehen heute vor einer anderen Alternative als bei den früheren Lesungen. Bei der ersten Berathung stand auf der einen Seite die Regierungsvorlage, auf der anderen der einzige Abänderungsparagraph. Damals konnten Amendements gestellt werden, heute haben wir die Wahl, die Vorlage anzunehmen oder am 1. October vor einem Vacuum zu stehen; die Landschaft tritt außer Function und man weiß nicht, was an ihre Stelle treten soll, muß sich also einen beliebigen Zustand von der Regierung octroyiren lassen. Wir müssen aber, wenn wir die Vorlage annehmen, die Versicherung von der Regierung verlangen, daß bei Einführung der Kreisordnung überhaupt auch Lauenburg von derselben betroffen wird, daß also jetzt kein Präjudiz geschaffen wird, dann werde ich und ein Theil meiner Freunde für die Vorlage stimmen.

Minister des Innern v. Puttkamer: Ich trage kein Bedenken, heute wie früher ausdrücklich zu bestätigen, daß es sich nur um eine provisorische Regelung der kreisständischen Communal-Verwaltung handelt, die aufhört, sobald die Kreisordnung eingeführt wird.

Abg. Dr. Langerhans: Nach der Erklärung des Ministers und nach dem Amendement des Herrenhauses hat sich an der Vorlage nichts geändert, es ist also wunderbar, daß der Abg. v. Huene dennoch dafür stimmen will. Wir sind heut, lediglich weil das Gesetz uns zu so später Stunde vorgelegt wird, vor die Alternative gestellt, entweder das Gesetz anzunehmen oder vor ein Nichts gestellt zu sein, vor dem ich übrigens gar nicht solche Furcht habe. Die Regierung hat am 1. October für einen Verwaltungszustand zu sorgen und kann uns dann in der nächsten Session einen verbesserten Entwurf vorlegen.

Abg. v. Rauchhaupt: Nach meiner Ansicht hat das Centrum ganz logisch gehandelt, das Herrenhaus hat dem Gesetz eine Fassung gegeben, nach welcher Lauenburg lediglich den anderen Kreisen der Monarchie gleichgestellt wird. Warum wollen gerade Sie, auf der Linken, dem Kreise eine exceptionelle Stellung geben?

Abg. Berling sucht die Argumente des Vorredners zu entkräften.

Darauf wird die General-Discussion geschlossen und in der Special-Discussion der vom Abg. Berling eingebrachte Antrag, an Stelle der Herrenhaus-Beschlüsse den ursprünglichen Antrag Windthorst zu setzen, gegen die Stimmen der Liberalen und weniger Mitglieder des Centrums abgelehnt.

Ueber §. 1 der Herrenhausbeschlüsse wird auf Antrag des Abg. Berling namentlich abgestimmt. Das Resultat des Namensaufrufs ist, daß nur 212 Mitglieder anwesend sind, von welchen 139 mit Ja, 72 mit Nein stimmen, während ein Mitglied sich der Abstimmung enthält. Da die absolute Majorität 217 beträgt, so ist die Beschlußunfähigkeit des Hauses constatirt und muß die weitere Berathung abgebrochen werden; die Vorlage bleibt also unerledigt.

Der Präsident giebt hierauf die übliche Geschäftsübersicht.

Der Abg. v. Bockum-Dolffs spricht dem Präsidenten den Dank des Hauses für seine unparteiische und umsichtige Leitung der Geschäfte aus, desgleichen den beiden Vicepräsidenten und den übrigen Mitgliedern des Bureaus.

Präsident v. Köller nimmt die Anerkennung des Hauses mit lebhaften Dankgefühl entgegen und spricht seinerseits dem Hause für die allseitig ihm gewordene Unterstützung seinen Dank aus. In das zum Schluß vom Präsidenten auf Se. Majestät den Kaiser und König ausgebrachte Hoch stimmt das Haus begeistert dreimal ein. Schluß 12¼ Uhr.

### Vereinigte Sitzung beider Häuser des Landtages.

(Schluß der Session.)

Am Regierungstische: Vicepräsident des Staatsministeriums, Minister des Innern v. Puttkamer und die Minister v. Kameke, Bitter, Dr. Lucius, Dr. Friedberg, v. Bötticher und v. Goßler.

Um 1 Uhr 5 Minuten überreicht der Präsident des Herrenhauses, Herzog von Ratibor, auf Grund einer mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses getroffenen Vereinbarung den Vorsitz, eröffnet die Sitzung und beruft zu Schriftführern die Herren Thenne und v. d. Osten, sowie die Abgg. v. Quast und Sachse, und ertheilt dem Vicepräsidenten des Staatsministeriums das Wort.

Vicepräsident des Staatsministeriums, Minister des Innern v. Puttkamer: Meine Herren, das Staatsministerium hat bei Sr. Majestät dem Könige die Genehmigung dazu nachgesucht, daß die gegenwärtigen Sitzungen des Landtages geschlossen werden. Wenn in dieser Legislaturperiode in vielen Zweigen der Staatsverwaltung und auf den verschiedensten Gebieten der Gesetzgebung große und wichtige Erfolge zum Besten des Landes erzielt worden sind, so ist dieses doch in der laufenden Session nicht in dem Umfange gelungen, in welchem es bei Beginn der Session erhofft worden war. Das Staatsministerium hält an der Ueberzeugung fest, daß die Erledigung der sämmtlichen, mit königlicher Genehmigung dem Abgeordnetenhause gemachten Vorlagen zur Förderung des Landeswohles beigetragen haben würde. Nachdem jedoch im Besonderen der Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung der aus neuen Reichssteuern an Preußen zu überweisenden Geldsummen, in seinen Einzelbestimmungen in dem Hause der Abgeordneten nicht eine so eingehende Berathung gefunden hat, wie dies zur allseitigen Klarstellung der Ziele der Staatsregierung gewünscht werden mußte, so konnte sich das Staatsministerium von der längeren Dauer der Berathungen einen Erfolg nicht mehr versprechen. Bei dieser Sachlage glaubt die Staatsregierung, den Schluß der gegenwärtigen Sitzungen nicht weiter hinausschieben zu sollen. Demgemäß beehre ich mich, Ihnen folgende Allerhöchste Botschaft mitzutheilen. (Die Mitglieder erheben sich.) Dieselbe lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König ꝛc. haben auf Grund des Art. 77 der Verfassung Unsern Vice-Präsidenten des Staats-Ministeriums, Minister des Innern von Puttkamer, beauftragt, die gegenwärtigen Sitzungen beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie in Unseren Namen am 11. Mai d. J. zu schließen. Urkundlich unter Unserer Allerhöchsteigenen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 10. Mai 1882.

gez. Wilhelm.

gegengez. v. Puttkamer.

Im Namen Seiner Majestät des Königs erkläre ich hiermit die gegenwärtigen Sitzungen des Landtages der Monarchie für geschlossen.

Präsident: Se. Majestät der Kaiser, unser Allergnädigster König und Herr, er lebe hoch, hoch, hoch!

Die Mitglieder erheben sich und stimmen drei Mal begeistert in den Ruf ein.

## Professor Hennig's Kinderheilanstalt in den Jahren 1880 und 1881.

K. Wh. Leipzig, 11. Mai. Seit Kurzem ist der „XIII. Bericht der Kinderheilanstalt zu Leipzig nebst Nachrichten über die dazu gehörige Frauenstation, erstattet von Dr. E. Hennig und Dr. A. Langbein" (Verlag von W. Engelmann hier), ausgegeben worden.

Der Bericht erwähnt im Eingange mehrere für die Anstalt bedeutungsvolle Zwischenfälle, welche in den beiden letzten Jahren sich ereigneten, die thätige Theilnahme der städtischen Behörden und der Gemeindevertretung, die sich in Form jährlicher belangreicher Zuschüsse äußerte, sodann die Schenkungen und Vermächtnisse, die sich an die Damen Fräulein R. O., C. Voigt's Erben, † Welter, † Frau Anna verw. Frege (Adtmannsdorf), † Frau P. Kettembeil und † Fräulein Melly knüpfen.

Mit kurzen Worten wird des (auch in diesen Blättern von uns besprochenen) 25jährigen Jubiläums der Anstalt vom 1. April 1880 und der solennen Feier desselben im Vereinshause auf der Reitzstraße 9 und im Anstaltsgebäude auf der Carolinenstraße gedacht. Förderer der Anstalt überreichten an beiden Orten dem Director derselben namhafte Summen behufs Erweiterung des Instituts und Ausstattung der in Aussicht genommenen Baracke, die hoffentlich nicht mehr lange „auf dem Papiere steht."

In den beiden Jahren wurden in der Kinderheilanstalt auf der Carolinenstraße 381 Kinder, theils klinisch (95), theils poliklinisch (286) behandelt, von denen 344 aus Leipzig, 21 aus anderen sächsischen Orten, 9 aus Altenburg, 6 aus Preußen und 1 aus dem Auslande stammten.

In den ersten drei Lebensjahren standen davon 200 oder 52.4 Procent.

Die Mortalität betrug 12 oder 3.14 Procent.

Wenn die Zahl der Erkrankungen mit 423 angegeben wird, die Ziffer der Genesenen mit 279, so ist das ein procentuales Verhältniß von 65 per 100, folglich sehr günstig.

Die herrschenden Seuchen in dem Biennium waren zwanzig, welche namhaft gemacht werden.

Dies ist das Wichtigste aus dem Berichte über die Kinderheilanstalt, wie ihn Dr. Langbein erstattet.

Ueber die Frauenstation berichtet Dr. Hennig selbst. Danach kamen 19 Geburten dort vor. Außerdem wurden 91 Krankheiten behandelt, und zwar mit tödtlichem Ausgang: 5, mit Besserung 7, mit Genesung 79.

Das Budget der Poliklinik der Kinderheilanstalt betrug für 1880 11,161.65 ℳ, für 1881 aber 14,622.19 ℳ, das der Clarastiftung beziehungsweise 4008.70 ℳ und 230.75 ℳ.

Die Klinik vereinnahmte 1880 an Jahresbeiträgen 2256½ ℳ, 1881 2271½ ℳ, außerdem Geschenke an Utensilien und baar im Allgemeinen und insbesondere für die zu errichtende Baracke (ca. 3200 ℳ).

Die zweite Hälfte des Berichts enthält „vier Abhandlungen von Professor Hennig", zunächst den zweiten Theil (21 Quartseiten) der im vorigen Bericht angefangenen Abhandlung über die überzähligen Finger und Zehen und die dreigliedrigen Daumen; sodann eine kürzere neue Arbeit über Abscess hinter dem Schlunde; ferner einige Worte über Oophorectomie und Metrotomie (Exstirpatio uteri vaginalis), zuletzt eine Notiz über die in der Anstalt viermal vorgenommene sectio caesarea vaginalis, welche im Ganzen glücklich ablief.

Nicht weniger denn 90 angehende Aerzte, beziehentlich Studirende der Heilkunde besuchten 1880/81 die Klinik und Poliklinik der Carolinenstraße, ein kleinerer Theil davon auch die Demonstrationen in der Frauenstation.

## Das Festmahl zur Weihe des Kirchengrundsteins in Reudnitz.

Das in dem reichgeschmückten Saale des „Gasthofs zu den Drei Lilien" veranstaltete Festmahl mochte von etwa 300 Festtheilnehmern besucht sein und begann um 6 Uhr. Es herrschte bei demselben eine eben so fröhliche als gemüthliche Stimmung, die sich in zahlreichen schwungvollen und erhebenden Toasten, Gedichten und Ansprachen zum Ausdruck brachte und ebenso auch durch treffliche Concertmusik belebt wurde. Die sechs officiellen Toaste brachten Herr Gemeindeältester Mühlner auf Ihre Majestäten Kaiser Wilhelm und König Albert, Herr Pastor Rausch auf das hohe königliche evangelisch-lutherische Landesconsistorium, Herr Kirchenvorstandsmitglied Schwager auf die Königliche Kircheninspection, Herr Typograph Binkenstein, Kirchenvorstandsmitglied, auf die Gäste, Herr Fabrikant Zickmantel, Kirchenvorstandsmitglied, auf den Gemeinderath, und das Kirchenvorstandsmitglied Herr Kaufmann Möbius auf die Gründer des Kirchenbauvereins, die Herren Obercontroleur Heyne und Appellationsrath Dr. Wilhelmi, aus. Freudige Erregung rief die Verlesung eines eingelaufenen Briefes hervor, in welchem der Musterzeichner und Inhaber eines Wäsche- und Stickereigeschäfts Herr Rudolf Meser in Leipzig dem Kirchenvorstande mittheilte, daß er aus Dankbarkeit gegen Gott der neuen Kirche eine gestickte Altardecke stifte. Ein zweiter Grund, welcher diese Stiftung herbeiführte, mag wohl auch mit sein, daß derselbe mütterlicherseits von einer der Aeltesten Reudnitzer Familien, wo nicht der ältesten daselbst, der Familie Remmler, abstammt, die schon vor 400 Jahren daselbst seßhaft war und noch immer blüht. — Die Festtheilnehmer blieben noch lange in fröhlicher Unterhaltung vereinigt. Endlich dürfen wir auch nicht unerwähnt lassen, daß das Mahl sowohl wie der Wein den „Drei Lilien" zu hohen Ehren gereichte.